

7. Aufhebung des Gesetzes über das Salzregal und über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über den Salzverkauf in der Schweiz

Parlamentarische Initiative Cyrill von Planta (GLP, Zürich), Andreas Erdin (GLP, Wetzikon), Christoph Ziegler (GLP, Elgg) vom 25. Februar 2019

KR-Nr. 67/2019

Cyrill von Planta (GLP, Zürich): Wir kommen jetzt zum regulären Ratsgeschäft, das heisst, zum coronafreien Ratsgeschäft, und wir haben es bei dieser parlamentarischen Initiative mit einem klassischen GLP-Anliegen zu tun, nämlich der sukzessiven und kontinuierlichen Entrümpelung des Zürcher Staates. Worum geht es hier? Es geht um die Aufhebung des Salzregals und den Austritt aus der entsprechenden interkantonalen Vereinbarung. Wir möchten Ihnen dies aus verschiedenen Gründen nahelegen:

Zum einen ist es aus unserer Sicht mittelalterlich. Es ist unfair, es ist unliberal und ineffizient. Was ist eigentlich das Salzregal? Das wissen wahrscheinlich viele hier nicht oder noch nicht oder es wird so selten im Rat behandelt, dass Sie es bereits wieder vergessen haben. Beim Salzregal handelt es sich um ein schweizweites Monopol zur Salzproduktion und zum Salzvertrieb. Das heisst jetzt neu «Salines Suisses» und ist eine Aktiengesellschaft. Was machen diese «Salines Suisses»? Sie verkaufen uns das Salz zu übersteuerten Preisen. So kostet das Salz bei uns im Laden in der günstigsten Variante 95 Rappen, wohingegen Sie es in Deutschland für 19 Cent gewinnen können.

Das Monopol ist auch eine indirekte Steuerabschöpfung, und zwar macht das Salzmonopol regelmässig sehr hohe Gewinne. Ich habe jetzt die Zahlen aus einem älteren Geschäftsbericht zur Zeit der Einreichung: Der Jahresumsatz beträgt um die 100 Millionen Franken, beim EBIT (*Gewinn vor Zinsen und Steuern*) jeweils um die 20 Millionen Franken. Also man hat es hier mit sehr soliden Margen zu tun, wo die Schweizer Konsumenten geschröpft werden. Kommen wir zurück zum Thema «mittelalterlich»: Es ist ja schön, dass wir hier einen langfristigen Horizont haben, aber das Wort «Regal» kommt vom lateinischen «regalis». Ich glaube, das ist ein Genitiv, aber mein Latein hat ein bisschen gelitten in den letzten Jahren, und das heisst «dem König zukommend». Es handelt sich hier also um ein Überbleibsel des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und somit sind wir tief im Mittelalter. Weshalb hat sich das überhaupt überlebt? Das kann ich Ihnen ganz schnell sagen, und das ist immer so: Es hat überlebt, weil es eine Steuer ist. Es ist eine Steuer und ist – hier möchte ich, dass die Sozialisten ganz gut zuhören – sicher eine der unfairsten Steuern. Da hat es früher Revolutionen gegeben wegen der Salzsteuer, denn das ist eine Konsumentensteuer und die ist natürlich überhaupt nicht einkommensgerecht. Das Salzregal ist auch äusserst unliberal. Es dürfte die Freisinnigen nicht überraschen, dass das Salzregal auf der Hitliste von Avenir Suisse (*Schweizer Think-Tank*) ist, zusammen mit Klassikern wie der Gebäudeversicherung oder den Notariaten.

Was ist die Folge dieser staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft? Wir haben sehr überhöhte Preise von diesem Salzregal, einerseits auf der Konsumentenseite, aber auch auf der Grossistenseite. Der Tonnenpreis der Schweizer Rheinsalinen ist mit 200 Franken etwa vier Mal so hoch wie der Weltmarktpreis. Und natürlich haben wir ein Stoppen oder ein Verlangsamten der Marktdynamik. So hat das Salzregal ein Quasi-Monopol auf Kleinmengen. Es gibt so etwas wie ein Konkurrenzverbot im Sinne von, dass man auf die Preisdifferenz von Produkten, die nicht vom Salzregal, sondern vom Kleinmarkt kommen, eine Strafsteuer machen kann.

Nicht zuletzt ist es natürlich so, dass Monopole immer zu Ineffizienz und Intransparenz führen. Ich weiss nicht, wer von Ihnen sich einmal die Geschäftsberichte der Rheinsalinen respektive der Salines Suisses angeschaut hat, aber die Corporate Governance hinkt dort ein bisschen hintennach. Sie haben zum Beispiel einen Verwaltungsrat aus 26 Verwaltungsräten, das ist Stand Axpo (*Schweizer Energiekonzern*) vor Jahren. Da haben wir bei allen anderen Satelliten des Kantons aufgeräumt, bei den Rheinsalinen aber machen wir das nicht. Dann haben wir natürlich auch noch Beteiligungen, von denen wir nichts wissen. Zum Beispiel sind wir als Kanton Zürich via Salines Suisses auch Miteigentümer der Alpensalz GmbH in Deutschland. Da haben wir also auch internationale Beteiligungen und wir haben natürlich Kosten, die laufend wachsen. Ich habe mir das aufgeschrieben: 2014 gab es Kosten von 97'000 Franken pro Mitarbeiter und 2018 waren das bereits 110'000 Franken pro Mitarbeiter. Es ist auch ineffizient, denn es wird immer gern auch noch Werbung gemacht. Zum Beispiel werden da 3,5 bis 5,5 Millionen Franken pro Jahr an Werbegeldern ausgegeben, obwohl man ein Monopol hat. Da kann man sich auch fragen, inwiefern das für die Schweizer Wirtschaft nötig ist, inwiefern es für uns nötig ist zu wissen, dass es Salz gibt, das wir ohnehin brauchen.

Zurück zur parlamentarischen Initiative, weshalb wir dieses Gesetz aufheben sollten: Es ist einfach so, Monopole können sich nicht von sich aus verbessern. Stattdessen kriegen Sie, wenn das Thema aufkommt, Standardargumente zu hören, wie sie vermutlich ein Zünfter im 18. Jahrhundert gesagt hätte. Es kommen Argumente wie «Ja, wenn man nur eine Firma ist, dann ist es halt einfacher für die Qualität» oder, auch ein sehr schönes Argument für ein Monopol ist immer – es ist mein Lieblingsargument – «Man kann die Preisstabilität garantieren». Das ist natürlich sehr schön, wenn man die Stabilität auf einem hohen Niveau garantieren kann. Und auch ein Klassiker: «Man hat kurze Wege, das ist dann viel angenehmer.» Das letzte Argument hat sich ein bisschen relativiert in letzter Zeit, die Versorgungssicherheit. Ich glaube, da müssen wir nicht mehr viele Worte darüber verlieren, die Versorgungssicherheit ist aus zwei Gründen garantiert: Einerseits sind wir effizienter mit den Salz mengen und auf der anderen Seite haben wir jedes Jahr kleinere Schneemengen – aus anderen Gründen. Das Fazit, und ich möchte Sie bitten, sich hier der Grünliberalen Fraktion anzuschliessen. Das Salzregal ist mittelalterlich, es ist unfair, es ist unliberal und ineffizient, und ich hoffe, Sie können unserem Antrag folgen.

Urs Waser (SVP, Langnau a. A.): Die SVP lehnt die parlamentarische Initiative ab. Positionen können sich ändern, der Vorstoss zeigt dies vorzüglich: Eine gleichlautende PI wurde 2006 (*KR-Nr. 13/2006*) von der heute einreichenden GLP noch abgelehnt. Ähnliche Vorstösse der GLP in anderen Kantonen zeigen ebenfalls eine deutliche Ablehnung, aus dem Salzregal auszutreten. Luzern, Bern, Glarus, Thurgau haben erst kürzlich über einen ähnlichen Vorstoss beraten. Im Kanton Aargau hat nicht einmal die GLP selber diesen Vorstoss eingereicht.

Warum unterstützt die SVP die PI nicht? Zurzeit sind immer noch alle Kantone am Salzmonopol beteiligt, alle halten zusammen. Der Preisüberwacher (*Stefan Meierhans*) hat inzwischen interveniert: Maximum 11 Millionen Franken Gewinn. Der Gewinn wird an die Kantone ausgeschüttet und bei Mehrgewinn müssen Rückerstattungen vorgenommen werden. Es gibt eine optimale Verpackungsökologie. Es werden Ressourcen geschont. Die Transportmöglichkeiten sind kurz über Bahn und LKW. Eine vorteilhafte Kostenbilanz und eine schlanke Organisation für die Kantone und die Gemeinden, ein fairer und konstanter Preis für die ganze Schweiz fördert die Solidarität zwischen den Kantonen. Unternehmensgewinne bleiben in den Kantonen, und das Schweizer Salz ist nicht, wie vorher gesagt, teuer. Es ist günstig und wird ohne Regal eher teurer. Und zu guter Letzt, die Versorgungssicherheit und Notversorgung ohne Preissteigerung: Was Versorgungssicherheit in Notsituationen heisst, sollte Ihnen und vielleicht auch der GLP spätestens zu Corona-Zeiten einleuchten. Bei einem Rekordwinter wird das Salz überall Mangelware sein. Was es bedeutet, wenn Infrastrukturen nicht mehr funktionieren oder wir in schwierigen Zeiten auf unsere Nachbarn angewiesen sind, haben wir in den letzten Wochen gesehen, zum Stichwort «Schutzmasken». Und zum Schluss: Liebe GLP, auch Ihre Klientel, welche ausschliesslich mit dem Velo unterwegs sein sollte, bevorzugt im Winter enteiste Strassen, und wir von der SVP vorzugsweise mit Schweizer Salz. Lehnen Sie die PI ab. Besten Dank.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Die Initianten wittern wohl ein neues Geschäftsfeld. Man könnte meinen, dass auch sie in das Salzgeschäft einsteigen und deshalb das Salzmonopol abschaffen wollen. Die Initianten behaupten, mit der Abschaffung des Monopols würde die Versorgungssituation verbessert und das Salz würde billiger. Das Gegenteil ist der Fall, die Regierung hat das in der Beantwortung eines ähnlich gelagerten Postulats 2006 ausführlich dargelegt. Die Preise würden steigen. Die Versorgung würde verschlechtert. Es würden bestehende Investitionswerte, die im Hinblick auf das Weiterbestehen dieses Monopols ausgerichtet sind, vernichtet. Gleichzeitig entstünde ein Zwang zu neuen Investitionen, für welche die Gemeinden und Kantone geradestehen müssten. Ich hoffe, dass die Anwesenden aus der Corona-Situation gelernt haben: Die Alkoholverwaltung wurde damals auch privatisiert, und plötzlich hatten wir zu wenig Desinfektionsmittel, weil sich niemand für die Lager interessiert hat und weil diese nicht rentieren. Das alte Ammenmärchen, dass eine Liberalisierung des Marktes zu billigeren Preisen führt, das glauben wir von der SP schon lange nicht mehr. Deshalb empfehlen wir ein gesalzenes Nein.

Fabian Müller (FDP, Rüschtikon): Sie können sich vorstellen, dass es sich die FDP mit der Entscheidungsfindung in dieser Angelegenheit nicht einfach gemacht hat. Die marktbeherrschende Stellung von Monopolisten ist uns grundsätzlich suspekt, und ja, dem Markt ist in der Regel eine effizientere Ressourcenallokation zuzutrauen, als dies ein Monopol zu bewerkstelligen vermag. Somit lässt die Abschaffung eines Monopols freisinnige Herzen eigentlich höherschlagen, wie dies Kollega Michael Biber, den ich hier vertrete, zu sagen pflegt. Und doch lohnt es sich, auch hier ganz im Sinne des Kollegen, im Einzelfall immer abzuwägen und nicht alles über einen und denselben dogmatischen Kamm zu scheren; dies überlassen wir gerne anderen. So sind wir zum Schluss gekommen, dass das Salzregal gewichtige öffentliche Interessen wahrt und somit beizubehalten ist. Salz ist ein zentrales Gut. Dies war im Mittelalter der Fall, wie dies die Initianten mehr oder weniger sinnigerweise anmerken. Es ist dies aber auch noch heute. Ohne Salz sind wir Menschen nicht überlebensfähig und industrielle Prozesse kämen zum Erliegen. Leider ist Salz für die winterliche Mobilität unabdingbar und der Winterdienst wird von der öffentlichen Hand sichergestellt. Nicht erst seit der Corona-Krise wissen wir schliesslich, dass es Ressourcen gibt, über welche wir auch im Krisenfall die volle Kontrolle haben müssen, um die Versorgung sicherzustellen. Salz gehört unseres Erachtens zu diesen Ressourcen.

Die Initianten erwarten weiter tiefere Kosten durch die Aufhebung des Salzregals. Das ist alles andere als sicher. Wir haben heute Preisstabilität auch bei einer Verknappung, und mit der PI würden die Preise bei Knappheit unweigerlich gerade dann ansteigen, wenn das Salz am dringendsten benötigt wird. Von einer längerfristigen Ersparnis kann somit nicht ausgegangen werden. Bei Preisvergleichen müssen zudem weitere Aspekte miteinfließen. So beinhalten die Schweizer Preise eben auch Vorhaltekosten für die Lagerung zwecks Versorgungssicherheit. Leider findet die Preisgestaltung solidarisch statt, das heisst, alle Bezüger, auch diejenigen in Randregionen, bezahlen denselben Preis. Und mit der Senkung der Realgebühr um einen Franken pro Tonne erübrigt sich auch die Diskussion um die Bezugskosten für die Gemeinden, wie wir sie vor einigen Jahren noch haben führen müssen. Und zu guter Letzt hat auch der Preisüberwacher, wir haben es bereits gehört, ein Auge auf die hoffentlich nicht allzu gesalzenen Preise. Erwähnenswert ist weiter, dass die Vielfalt von Speisesalz nicht tangiert ist und dass mit der derzeit gültigen Lösung keine Individuallager der Gemeinden nötig sind. Und auch der Erhalt von Arbeitsplätzen spielt eine Rolle.

Gerne erlaube ich mir am Schluss noch einen Hinweis zur Ökologie: Die Schweizer Salinen produzieren hierzulande und somit nahe an den Verbrauchenden. Lange Transportwege aus dem Ausland würden die CO₂-Bilanz des Winterdienstes deutlich verschlechtern. Nachhaltig wird heute lokal produziert und lokal konsumiert. Des Weiteren ist die Produktion von Auftausalz stromintensiv. Darum bezieht die Saline Riburg beispielsweise seit einigen Jahren Strom aus Schweizer Wasserkraft, damit wurde der CO₂-Abdruck um zwei Drittel reduziert. Dies sollte auch den Initianten eigentlich ein Anliegen sein.

Sie sehen, ein Ausscheren des Kantons Zürich aus der interkantonalen Vereinbarung wäre grobes Salz im Getriebe eines bewährten, krisenresistenten, guteidgenössischen und ökologisch sinnvollen Systems. Wir empfehlen, die PI nicht zu unterstützen.

Ruth Ackermann (CVP, Zürich): In der Antwort des Regierungsrates wie der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) auf die fast identische PI von 2006 ist klar ausgeführt, was die Vorteile des Salzregals sind. Diese gelten nach wie vor. Die Versorgungssicherheit sowie konstante Salzqualität sind garantiert: schlanke Organisation, gute Gesamtkostenbilanz, faire und kalkulierbare Preise. Die Gemeinden müssen keine dezentralen Lager aufbauen. Nach unserer Meinung sind diese Vorteile nach wie vor gültig und müssen nicht neu geklärt werden. Es ist nicht ersichtlich, was bei der Aufhebung des Salzregals für Kanton, Gemeinden und Konsumenten gegenüber der heutigen Situation besser werden sollte. Die CVP-Fraktion unterstützt diese PI nicht.

Walter Meier (EVP, Uster): Wir reden über die Aufhebung des Salzregals. Die GLP argumentiert, dass das Salzmonopol in die Geschichtsbücher gehört. An sich scheint uns unser heutiges System mit Salzregal in Ordnung. Wie schon ausgeführt wurde: Eine PI aus dem Jahr 2006 wurde zwar vorläufig, aber nicht definitiv unterstützt. Wir meinen, dass man nach 14 Jahren wieder einmal über das Salz diskutieren kann. Der Salzpreis allerdings kann kaum als Argument dienen. In unserem Haushalt kaufen wir vielleicht einmal pro Jahr ein Kilogramm Salz. Selbst wenn viel Salz gebraucht wird, wäre die Ersparnis pro Monat maximal bei einem Franken. Das ergibt keine Entlastung des Haushaltbudgets. Und sollte der Salzpreis sinken, werden Brot, Bouillon und so weiter nicht billiger. Die EVP unterstützt die PI vorläufig, mit Betonung auf «vorläufig».

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die GLP hat bereits in verschiedenen Kantonen versucht, mit einem Vorstoss das Salzregal abzuschaffen. Bis anhin ist ihr dies in keinem Kanton gelungen. In früheren Jahren gehörte es im Aargau fast zur Pflicht, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal die Rheinsalinen besucht hat. Vielleicht hat dieser Besuch immer noch emotionale Nachwirkungen. Ich erinnere mich, dass ich damals von der einfachen Art und Weise der Salzgewinnung sehr beeindruckt war. Es erfüllte mich mit Stolz, dass die Schweiz im eigenen Land Salz gewinnen konnte, gehört doch die Schweiz zu jenen Ländern mit nur wenigen Bodenschätzen. Salz oder das weisse Gold, wie es früher auch genannt wurde, ist ein faszinierendes Genussmittel. Wann immer ich in der Bretagne oder in Südfrankreich in den Ferien war, gehörte ein Besuch der Salzgewinnungsgärten am Meer zum Pflichtprogramm. Eine frische, knackige Tomate mit einer Prise Fleur de Sel zu verspeisen, ist einfach ein unglaublicher Genuss. Es verstärkt den Geschmack und kann süchtig machen.

Nun gut, die Alternative Liste lehnt die vorliegende parlamentarische Initiative nicht aus emotionalen oder hedonistischen Gründen ab, obwohl ein kleines hedonistisches Gen zur DNA unserer Fraktion gehört. Nein, die Alternative Liste lehnt

die PI ab, weil wir überzeugt sind, dass die Salzgewinnung zum Service public gehört. Warum sollen wir etwas aufgeben, das in den vergangenen Jahrzehnten gute Dienste geleistet hat? Wir sehen keinen einzigen überzeugenden Grund, dieses Monopol freiwillig und ohne Not aufzugeben. Wir wissen ja, die freie Marktwirtschaft ist keine Garantie dafür, dass, erstens, der Salzpreis sinkt. Und zweitens hat die freie Marktwirtschaft selber unglaublich viele Monopole hervorgebracht. Über die Preispolitik der Salinen können wir diskutieren, das ist für die Alternative Liste kein Tabu. Da diese ja den Kantonen gehören, sollte es auch kein Problem sein, über die Preisgestaltung zu diskutieren. Es gibt zwar eine Vereinbarung zwischen den Salinen und dem Preisüberwacher. Warum aber die Salinen nach wie vor so hohe Gewinne erwirtschaften müssen, erschliesst sich uns auch nicht. Mit dem Privatisierungshammer aufzufahren, bringt unserer Meinung nach aber niemandem etwas, die Alternative Liste unterstützt darum die PI nicht.

Cyrill von Planta (GLP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte hier doch noch ein, zwei Bemerkungen zu dem doch äusserst ausserordentlichen Gesagten hinzufügen, zuerst einmal zur SVP: Es ist nicht nur der SVP, sondern auch anderen aufgefallen, dass der Text der parlamentarischen Initiative sehr ähnlich klingt wie seinerzeit derjenigen von Hans Heinrich Raths. Es ist halt einfach typisch für die SVP, dass sie ein bisschen Flip-Flopping macht in ihren Meinungen. Es wäre hier schön gewesen, wenn sie einmal hätte konsequent bleiben können, wo es draufankommt. Und wenn natürlich solche Sachen gesagt werden – das hat der SVP-Exponent sehr schön gesagt – wie fairer und konstanter Preis, dann ist das natürlich sehr abenteuerlich, wenn man an den Markt glaubt. Und es ist auch nicht so, dass es irgendwie draufankäme, dass Salz schweizerisch ist. Salz ist einfach Natriumfluorid, und da spielt die Nationalität wirklich eine sehr geringe Rolle. Und auch hier, das wurde vielleicht noch angemerkt, von wegen CO₂-Bilanz: Es ist natürlich so, dass die CO₂-Bilanz des Schweizer Salzes davon profitiert, dass es nah gewonnen wird. Aber die CO₂-Bilanz wird eben sehr schlecht, weil es Steinsalz ist, das mit einer energetisch aufwendigen Prozedur gewonnen werden muss. Und es ist hier bezüglich Energieeffizienz einfach so, dass eigentlich immer das Meersalz gewinnt, weshalb ich mich frage, weshalb die AL unserer parlamentarischen Initiative nicht folgen kann, auch weil die AL eine gewisse kognitive Dissonanz offenbart hat. Es ist ihr ja auch aufgefallen, dass die Preise höher sind. Aber was sie halt nicht begreift: Preise sollten nicht von der Politik festgelegt werden. Sie sollten nicht vom Preisüberwacher festgelegt werden müssen, sondern der Markt sollte für ein Optimum sorgen. Auch bezüglich Preis ist es so, was ich wirklich für die Akten sagen möchte: Der Preis des Salzes ist in der Schweiz nachweisbar teurer als im Ausland, sei es für Konsumenten bei den Kleinmengen oder sei es bei den Grossmengen. Und zu guter Letzt möchte ich hier noch hinzufügen: Es haben diverse Leute mit Versorgungssicherheit und – aktuell natürlich sehr «gäbig» – Corona argumentiert, aber man muss hier einfach auch sehen: Langfristig werden wir mit dieser Corona-Pandemie fertigwerden. Und Politiker, die sich über kurzfristige Ängste definieren anstatt über die langfristigen Entwicklungen, dienen dem Kanton Zürich langfristig auch nicht so.

Ratspräsident Roman Schmid: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 67/2019 stimmen 29 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.